

Der Insel Bote - Donnerstag, 21.01.2010

## Solarparks: Gegen ungezügelten Flächen-Verbrauch

**Kreispolitiker sehen Steuerungsbedarf seitens des Landes Nordfriesland**

Die Kraft der Sonne steht zur Zeit hoch im Kurs. Landauf, landab entstehen Solarparks auf großen Freiflächen – noch mehr sind in Planung. Auch in den nordfriesischen Gemeinden häufen sich Anträge für den Bau von Photovoltaik-Anlagen mit einer Fläche von 20 Hektar und mehr, in Simonsberg jetzt sogar von 70 Hektar. Möglich machen den Solar-Boom staatliche Subventionen im Zuge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Aber wo Licht ist, ist auch Schatten: Deshalb mehren sich mahnende Stimmen, die vor einem „Wildwuchs“ warnen, der in punkto Windkraft-Nutzung nur unter Mühen verhindert werden konnte. Das Problem dabei: „Es gibt derzeit keine geeigneten Instrumente für eine überörtliche Steuerung“, so Burkhard Jansen, Leiter des Amtes für Kreisentwicklung, Bau und Umwelt des Kreises Nordfriesland. Freistehende Photovoltaik-Anlagen fallen in die Planungshoheit der Gemeinden, seitens des Landes gibt es lediglich einen Erlass mit Empfehlungen zur Flächen-Auswahl und den zu berücksichtigenden öffentlichen Belangen. Für die Standortfindung werden Kooperationen der Kommunen, zum Beispiel amtsweite Planungskonzepte, angeregt. Vor diesem Hintergrund hatte der Dithmarscher Kreistag bereits Ende vergangenen Jahres von Kiel „im Interesse einer geordneten räumlichen Entwicklung“ gefordert, den Ausbau von großen Photovoltaik-Anlagen in der Fläche zu steuern und als eigenständiges Kapitel in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen. Im Nachbarkreis wird bereits an einem Handlungskonzept mit Prüfkriterien für die Kommunen gearbeitet.

Handlungsbedarf sieht auch der nordfriesische Wirtschafts-, Verkehrs- und Tourismusausschuss. Für seine Sitzung am 12. Februar wird dem Kreistag empfohlen, eine verstärkte Nutzung der Solarenergie als wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu unterstützen, sich aber ebenfalls für eine „planerische Steuerung“ auszusprechen. Inhaltliche Details erarbeitet noch eine Arbeitsgruppe der sieben Kreistags-Fraktionen.

Unumstritten ist das Ansinnen nicht: „Es bedarf überhaupt keiner landes- oder kreisweiten Steuerung, weil wir keinen Wildwuchs feststellen können“, stellte Heinz-Georg Roth für die Wählergemeinschaft Nordfriesland/Die Unabhängigen (WG-NF) klipp und klar fest. Die Gemeinden würden ihr Planungsrecht gewissenhaft wahrnehmen und der „Beratungs-Erlass“ des Landes sei völlig ausreichend. Wie Halligen und Inseln, der Drei-Kilometer-Streifen entlang der Küste und touristische Schwerpunkträume bei der Windkraft-Nutzung dürften nicht erneut ganze Teile

des Kreises „vom volkswirtschaftlichen Nutzen ausgeschlossen werden“, betonte Roth. Auch Mogens Lesch (SSW) setzt auf die „planerische Hoheit vor Ort“. Eine überörtliche Steuerung wäre nur dann nötig, wenn Solarparks das überörtliche Landschaftsbild beeinflussen, und das ist nach seiner Meinung nicht der Fall.

„Die Planungshoheit der Gemeinden ist uns natürlich auch teuer“, stellte Amtsleiter Jansen fest. Aber es gehe um einen erheblichen Umfang von Photovoltaikanlagen in vielen der 133 nordfriesischen Gemeinden und nicht nur wenige große Felder. Angesichts der „Versiegelung“ von Flächen mit „gewisser Fernwirkung“ sei eine sinnvolle Steuerung angesagt – nicht in Form einer „Positiv-Planung“ wie bei den Eignungsgebieten für die Windkraft-Nutzung, sondern via „Negativ-Planung“ für Bereiche, wo Nutzungskonflikte entstehen könnten.

Landrat Dieter Harrsen sprach in diesem Zusammenhang von Industrieanlagen und bekräftigte: „Es ist höchste Zeit, diese Steuerung zu fordern.“ In einigen Jahren sei es dafür zu spät. Dem pflichteten die meisten Mitglieder des Ausschusses bei. Thomas Nissen (SPD) verwies darauf, dass es darum gehe, mit den Solarparks große Gewerbeflächen in die Landschaft zu integrieren. Heide-Marie Rasch (FDP) plädierte für Konflikt-Minimierung wie bei der Windkraft-Nutzung und Kerstin Mock-Hofeditz (Grüne) wünscht sich angesichts der Vielzahl der Vorhaben in den Gemeinden eine „gewisse Steuerung“. Ohne Planung sei hundertprozentig mit Wildwuchs zu rechnen, erwartet Ulrich Stellfeld-Petersen (SSW).

Auch mit Blick auf den Tourismus und womöglich einige tausend Hektar Solarflächen mahnte Christian Schmidt (CDU), die Entwicklung im Auge zu behalten und steuernd einzugreifen: „Wir müssen aufpassen, sonst werden wir uns in vier, fünf Jahren sagen, da haben wir gepennt.“ Ausschuss-Vorsitzender Stephan Beck (CDU) warnte vor der Gefahr, in der Tourismus-Region Nordfriesland Gäste zu verprellen.

**fu**